



**NR 4/24**  
**vom 25. August 2024**

**Internetseite:**

**<https://globalisierungundkrieg.de>**  
oder **<https://perspectac.de>**

S2 - 5	Matthias Jochheim	Ökonomie von Aufrüstung und Krieg - wirtschaftliche Triebkräfte des militärisch-industriellen Komplex
S5 - 7	Martina Jäger	Zusammenfassung aus Artikeln: Stationierung von Mittelstreckenraketen in Deutschland / konventionelle und nuklearfähige Sprengköpfe / Atomkriegsgefahr
S8	Ingeborg Schellmann	Bayern Vorreiter der Militarisierung der Universitäten und Schulen / Gewerkschaft (GEW) und Friedensorganisationen im Widerstand (Link)
S8 - 9	BAG GuK veranstaltet	Den Frieden gewinnen, nicht den Krieg! Gewerkschaften gegen Krieg und Aufrüstung mit Ulrike Eifler und Reihard Frankl
S9 -10	BAG GuK ruft auf	zur bundesweiten Demo in Berlin am 3.Oktober
S10	AG GuK unterstützt	Petition: Für einen gerechten Frieden in Gaza! Waffenexporte stoppen - Hilfblockaden beenden
S11	Übersicht:	Friedensaktive Gruppen aus der Attac-Bewegung
S12	Termine	September / Oktober
S12-13	Globalisierungskritischer Newsletter aus der Attac-Bewegung	Sand im Getriebe Nr 156, August „Zuspitzungen“
S14	„Zeitung gegen den Krieg“ „Friedensforum“	Friedenspolitisch aktuelle Lektüren aus der Friedensbewegung (Inhaltsangabe und Verlinkungen)
S14	Infos zum Newsletter	

Matthias Jochheim

## Ökonomie von Aufrüstung und Krieg -

### wirtschaftliche Triebkräfte des militärisch-industriellen Komplex

Ist es auch Wahnsinn, so hat es doch Methode

### Politische Ökonomie von Aufrüstung und Krieg - Welche Gegenrezepte?

Der gut besuchte Vortrag mit anschließendem Gespräch wurde am 27.06. in Würzburg gehalten / Veranstalter waren DFG-VK Würzburg, Attac Würzburg und BAG GuK

- Vortragstext

[zur Ansicht und zum runterladen / SiG 156](#)

- Video zur Veranstaltung auf Youtube:

<https://youtu.be/r6frIJsArv0>

- Flyer zur [Veranstaltung](#)



Bundesverteidigungsminister Pistorius fordert, Deutschland müsse „kriegstüchtig“ werden. Die USA brechen trotz einer Kette verlorener Kriege, - von Vietnam über Afghanistan und Irak bis zur blutigen Sackgasse in der Ukraine - immer neue Rekorde im Bereich ihrer Rüstungsausgaben, allein rund 40 % der globalen Militäretats. Und die deutsche Regierung eifert dieser Politik mit ihrer enormen Aufblähung des Rüstungsetats nach - sogar mittels einer Verfassungsänderung -, und das auch nach gescheiterten Bundeswehreinsetzungen in Afghanistan und Mali.

Die politischen Begründungen halten Überprüfungen nicht stand: Förderung von Demokratie und Menschenrechten durch Waffenlieferungen etwa an Saudi-Arabien und Türkei, oder auch - gegen Antisemitismus? - wohl doch eher für die Aufrechterhaltung des israelischen Besatzungs-Regimes in den Palästinenser-Gebieten. Es gehe, wird uns gepredigt, um die globale Verteidigung einer „regelbasierten Ordnung“, so die deutsche Außenministerin, angelehnt an US-Floskeln - konsequente Respektierung und Befolgung von Völkerrecht und Menschenrecht sind damit offenbar nicht gemeint. Die zu verteidigenden Werte - es scheint, es handelt sich besonders um die Aktien-Werte etwa von Rheinmetall oder Airbus Defence and Space. Und die Bedrohung durch die russische Aufrüstung wird weniger beängstigend, wenn wir die realen Daten vergleichen: 3,2 Millionen Soldaten der NATO-Staaten gegen 1,1 Millionen Soldaten Russlands; 6.030 NATO-Kampfflugzeuge gegenüber 1.377 russische Maschinen; Kampfpanzer NATO 8.901, Russland 2.000; bei der Artillerie 21.879 Geschütze der NATO gegen 5.485 russische; U-Boote: 143 NATO, gegen 50 russische Einheiten. (zitiert nach Lühr Henken, jW 26.06.24, Zahlen aus The Military Balance, herausgegeben vom International Institute for Strategic Studies, IISS).

Im folgenden sollen einige Hinweise auf die ökonomischen Motive der Kriegsakteure dargestellt werden, am Beispiel der einzigen militärischen Weltmacht, den USA, und ihres treuen Vasallen, der Bundesrepublik Deutschland. Ich schlage vor, dass wir zum Abschluss insbesondere über unsere Handlungsmöglichkeiten als Kriegsgegnerinnen und Kriegsgegner diskutieren- gegenüber dem militärisch-industriellen Komplex.

#### Zur Einleitung: Rüstungskeynesianismus:

Der Brite John Maynard Keynes ein einflussreicher und kreativer Analytiker und Akteur in der Gestaltung der internationalen Ökonomie vor und nach dem zweiten Weltkriegs, setzte sich für aktives staatliches Eingreifen in die wirtschaftlichen Krisenprozesse ein, insbesondere durch staatliches „deficit spending“ der Regierungen, also die kreditfinanzierte Förderung der Konjunktur im Fall von Rezessionen. Diese Strategie wurde nun nach dem zweiten Weltkrieg von der US-Regierung insbesondere im Bereich der Hochrüstung und dann auch in der Finanzierung einer Kette von Kriegen weiter angewendet, welche US-Regierungen seit dem Korea-Krieg (1950-53) - mit Millionen von Todesopfern- führten: dem Vietnamkrieg, dem Jugoslawienkrieg, dem Afghanistankrieg, dem Irak-Krieg, dem Krieg in Libyen, dem Angriff gegen Syrien, aktuell dem Stellvertreterkrieg in der Ukraine - um nur die spektakulärsten zu nennen. In dieser Liste fällt auf, dass trotz enormem Gewalteininsatz ein dauerhafter militärischer Erfolg oft ausblieb, eklatant deutlich besonders in Vietnam und Afghanistan. Der Krieg am Hindukusch kostete 240 000 Menschen das Leben. Am meisten betroffen waren afghanische Kämpfer und Zivilpersonen, aber auch Opfer im benachbarten Pakistan. Wegen des Kriegs wurden seit 2001 5,9 Millionen der rund 35 Millionen Einwohner entweder zu Binnenflüchtlingen, oder flohen aus dem Land, zunächst nach Pakistan und Iran, von da aus häufig weiter nach Europa. Der Anlass für den Einmarsch von US- und NATO-Truppen waren die Terroranschläge des 11. September 2001, an denen allerdings kein Afghane beteiligt war! Die Kriegskosten allein der USA lagen bei 2.260 Milliarden Dollar (2,26 Billionen \$ ), d.h. pro Tag 300 Millionen Dollar! (Quelle: «Forbes» und Zahlen des Projekts «Costs of War» der Brown University Rhode Island ).

„Dass Kriege die Wirtschaft ankurbeln, ist eine alte Weisheit. Der US-Börsenindex «Standard and Poor's 500“, kurz S&P 500, zu dem 500 große US-Unternehmen gehören, versechsfachte sich seit dem 18. September 2001, dem Tag der Kriegsankündigung durch US-Präsident George W. Bush, bis 2021. Profitiert haben die großen Waffenschmieden.

**Weiteres Beispiel: Irak-Krieg (1991, dann 2003 bis heute ):** Joseph Stiglitz, früherer Weltbank-Direktor und Nobelpreisträger für Ökonomie, hat den Einsatz finanzieller Mittel für den völkerrechtswidrigen Krieg im Irak bilanziert und in „Die wahren Kosten des Krieges“ 2008 publiziert: die langfristigen Belastungen des US-Bundesetats wurden mit über 3 Billionen Dollar beziffert. Für die Kriegsindustrie und den Haliburton-Konzern des damaligen Vizepräsidenten Dick Cheney allerdings eine Gelegenheit für hoch profitable Geschäfte.

**Im Ukraine-Krieg kämpfen seit über 2 Jahren, seit dem 24. Februar 2022** (dem Tag der russischen Invasion), die ukrainische Armee gegen die russischen Streitkräfte, erstere massiv unterstützt durch westliche Mächte, - primär der USA, an zweiter Stelle Deutschlands - mit Waffenlieferungen und Ausbildung von Soldaten. Schon seit längerem ist die Lage mit einem verlustreichen Stellungskrieg zu vergleichen - im US-Kongress war die massive auch finanzielle Unterstützung der Ukraine zeitweise durch den Widerstand der Republikanischen Partei blockiert, von welcher Zweifel an den Siegchancen der Ukrainer geäußert werden. Der damalige Generalstabschef der US-Streitkräfte, General Mark Milley, sprach sich schon 2022 für Verhandlungen über einen Waffenstillstand aus - er warnte vor einem Szenario wie im Ersten Weltkrieg mit Grabenkämpfen ohne strategische Entscheidungen, aber mit Millionen »sinnloser Toter«. Dies hinderte aber die US-Regierung zu dem Zeitpunkt nicht daran, weitere Milliarden an Rüstungsunterstützung auch von NATO-Partnern zu mobilisieren. Besonders engagiert dabei: die deutsche Bundesregierung.

**Das aktuelle Argument führender US-Politiker wie des Außenministers Blinken**, um für weitere Unterstützung Kiews zu werben, angesichts großer politischer Widerstände: der Hinweis auf wirtschaftliche Vorteile. Antony Blinken nach einem Treffen mit seinem britischen Kollegen David Cameron in Washington: „Wenn man sich die Investitionen ansieht, die wir in die Verteidigung der Ukraine getätigt haben (...), dann wurden 90 Prozent der von uns geleisteten Sicherheitsunterstützung tatsächlich hier in den Vereinigten Staaten ausgegeben - bei unseren Herstellern.“ Blinken betonte: „Das hat mehr amerikanische Arbeitsplätze und mehr Wachstum in unserer eigenen Wirtschaft geschaffen.“

#### **Aktuelle Aufrüstungs-Woge - Beispiel Deutschland**

Rüstung durch Sozialabbau: Vor einigen Monaten wurde der Haushalt 2024 vom Bundestag verabschiedet. Fast überall gibt es Kürzungen, der Militäretat aber wurde stark erhöht - auf insgesamt rund 90 Mrd. Euro (knapp 19% des Gesamt-Haushaltes)! Doch das ist erst der Anfang: Das kreditfinanzierte „Sondervermögen“ von 100 Mrd € ist wohl 2027 aufgebraucht, danach drohen noch massivere Sozialkürzungen, um hohe Militärausgaben zu gewährleisten, warnte die „IMI“-Analyse\*. Politikprofessor Christoph Butterwegge kritisiert: „Weil dem Wohlfahrtsstaat fehlt, was ein Rüstungsstaat an Mehrkosten verschlingt, folgt der militär-politischen Zeitenwende nun fast zwangsläufig auch eine sozialpolitische Zeitenwende. Zu befürchten ist daher auf längere Sicht eine fortdauernde Senkung des Lebensstandards der Bevölkerungsmehrheit, die zuletzt Reallohnverluste hinnehmen musste und durch steigen-de Mieten, Energiepreis-Explosion und Inflation stark belastet wurde.“ (soweit Butterwegge)

Mit beeindruckender Deutlichkeit offenbart ein Beitrag in der „Europäischen Sicherheit & Technik“, Deutschlands führendem militär- und rüstungsnahen Magazin, die Konsequenzen, einer haushaltsinternen Umschichtung in Richtung Militärausgaben: Es bedürfe einer „grundlegenden gesellschaftlichen Debatte über die nationalen Prioritäten“, gibt dort Redakteur Ole Henckel zur Kenntnis. Am Ende stehe man aber vor einer simplen Wahl: „entweder die Kürzung sozialer Leistungen oder das Scheitern der Zeitenwende für die Bundeswehr.“ Weiter heißt es in dem Artikel: „30 Milliarden Euro mehr bräuchte es derzeit im Verteidigungshaushalt, damit dieser eigenständig das Zwei-Prozent-Ziel erfüllt. Der einzige Posten im Bundeshaushalt, der die Masse dieses zusätzlichen Bedarfs decken könnte, ist der des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales. Die Debatte wird sich also um die Streichung von Sozial-Ausgaben für Militär und Rüstung drehen. Der entscheidende Punkt und die damit verbundene Debatte wird allerdings erreicht werden, wenn das Sondervermögen verausgabt ist und man im Bundeshaushalt Prioritäten setzen muss. Voraussichtlich wird dieser Zeitpunkt auch mit der kommenden Bundestagswahl zusammenfallen. Rüstung oder Soziales. Dann wird sich zeigen, wie nachhaltig die viel zitierte Zeitenwende ist.“ (Ende Zitat)

Auch Verteidigungsminister Boris Pistorius wurde recht deutlich: Er verstehe ja diejenigen, (Zitat) „die nicht so viel Geld für Waffen und Munition ausgeben wollen“ - aber: „Am Ende geht es darum, dass wir in dieser Phase der Bedrohung neue Prioritäten setzen.“ Und weiter: „Natürlich müssen sich die Berechnungen nun auch in der Mittelfristigen Finanzplanung niederschlagen. Das heißt: Die Weichen für den Aufwuchs des Verteidigungs- etats müssen noch in diesem Jahr gestellt werden.“ Christoph Butterwegge fasste die anstehenden Entscheidungen folgendermaßen zusammen: „Wird das größte Aufrüstungsprogramm seit Gründung der Bundeswehr 2026/27 - wie geplant in den regulären Staatshaushalt überführt, bleiben die soziale und die Klimagerechtigkeit womöglich

ganz auf der Strecke..“ \* (Zitate in diesem Abschnitt aus <https://www.imi-online.de/2024/02/02/ruestung-durch-sozialabbau> Jürgen Wagner, 2.Feb. 2024)

**Rüstungsfinanzierung der US-Regierung:** Jeffrey Sachs (US-amerikanischer Ökonom, u.a. Direktor des UN Sustainable Development Solutions Network) \*\*: „Die Schuldenlast der US-Regierung hat inzwischen rund 25 Billionen Dollar erreicht, fast entsprechend der gesamten Höhe des Bruttosozialprodukts der USA. Zum Vergleich: noch im Jahr 2000 betrug die entsprechende Relation (Schuldenhöhe zu BSP) 35%. Sehr viel von diesem Geld ging, so Sachs, in die „nutzlosen, zerstörerischen Kriege der USA in Afghanistan, Irak, Syrien, Libyen, Jemen und jetzt der Ukraine“; außerdem in die Finanzierung von rund 800 ausländischen US-Stützpunkten weltweit. Profiteure sind US-Konzerne wie General Dynamics, Boeing, und Munitionsproduzenten. In den letzten Jahrzehnten wurde das US-Budget außerdem aufgebläht durch die Banken-Finanzkrise und die finanziellen Folgen der Corona-Krise. *Die NATO-Erweiterung, so Sachs, ist ein Projekt des Militärisch-Industriellen Komplex und seiner mächtigen Lobby, ein Projekt um zusätzliche Märkte in Gestalt neuer Mitgliedstaaten zu generieren.* Präsident Biden ist seit langem Teil dieser Lobby des MIC (Militärisch-Industriellen Komplex), die für eine Non-Stop-Eskalation internationaler Spannungen steht. Die astronomischen Kriegs- und Rüstungsausgaben hätten Steuererhöhungen erforderlich gemacht, wegen des dadurch zu erwartenden gesellschaftlichen Widerstands werden aber stattdessen zusätzliche Kredite auf den weltweiten Finanzmärkten aufgenommen, u.a. in den vergangenen Jahren auch in China - gegen das gleichzeitig Vorbereitungen für einen Krieg getroffen werden. (Laut SIPRI seien die US-Kriegs- und Rüstungs-Ausgaben jetzt höher, als die Summe der entsprechenden Etats der in der Rangfolge nächsten 10 Staaten, incl. China.). In Bezug auf den aktuellen Krieg in der Ukraine wies Sachs auf die jahrelange Einflussnahme der US-Regierung über die führende Funktionärin Victoria Nuland hin - bis vor kurzem Staatssekretärin des US-Außenministeriums; noch kurz nach Beginn der russischen Invasion schien eine Verhandlungslösung im Rahmen der Istanbul-Verhandlungen möglich - diese sei an der kategorischen Ablehnung durch die US-Regierung gescheitert. **\*\*<https://www.youtube.com/watch?v=6X8B8vDR7pl>**

**Resümee, Schlussfolgerungen und Perspektiven:** Steigende internationalen Spannungen, massive Aufrüstungsmaßnahmen und manifeste Kriege - von der Ukraine über Palästina bis zu Flottenmanövern in Inselregionen vor der chinesischen Küste mit Beteiligung auch eines deutschen Kriegsschiffs : die regierungsamtlichen und in weiten Teilen der deutschen Medien verbreiteten Szenarien und Absichtserklärungen müssen mit großem Misstrauen und Besorgnis betrachtet und kritisch durchleuchtet werden. Feindbildpflege und Verklärung der eigenen Rolle, ebenso wie die dauerhafte Stationierung von Bundeswehreinheiten in Litauen und die führende deutsche Teilnahme am gigantischen NATO-Manöver „Steadfast Defender“, mit klarer Stoßrichtung gegen Russland, müssen KriegsgegnerInnen in Alarmbereitschaft versetzen.

**Welche Gründe, welche ökonomischen Mechanismen lassen sich für diese dramatischen Zuspitzungen identifizieren?** Nach dem Auseinanderbrechen der Sowjetunion Anfang der 90er-Jahre war vom Ende des kalten Kriegs die allgemeine Rede - es gälte, die Sicherheitsbedürfnisse der anderen Seite in den eigenen Planungen zu berücksichtigen. Der Kollaps des „sozialistischen Lagers“ in Osteuropa, dann auch der Sowjetunion eröffneten den westlichen Wirtschaftsmächten große Räume der finanziellen Expansion, der gewinn-trächtigen Anlagemöglichkeiten. Demgegenüber traten dann aber auf zwei Ebenen Anfang der 2000er Jahre gravierende Änderungen ein: in Russland wurde vom Jelzin-Nachfolger Putin eine Konsolidierung der staatlichen Funktionen gerade auch in der ökonomischen Lenkung bewirkt; und die konjunkturellen Entwicklungen ließen wieder die zyklischen Krisenmerkmale auftreten, die für den Kapitalismus kennzeichnend sind. Zu diesen Zyklen gehört das Phänomen der Über-Akkumulation. Die Folge ist eine Tendenz zu Überproduktion, Entlassungen und Arbeitslosigkeit, Armut.

### **Kapitalvernichtung**

Der (systemimmanente) Ausweg aus der Überakkumulationskrise ist die Kapitalvernichtung. Das überakkumulierte Kapital verliert ganz oder teilweise seinen Wert. Diese Vernichtung kann durch die physische Zerstörung von Produktionsmitteln und Warenvorräten von statten gehen, etwa im Zuge der Stilllegung von Fabriken oder der Entsorgung unverkäuflicher Güterbestände. Sie kann ebenso durch die Entwertung von Kapitalbestandteilen (Preisverfall) oder, im Falle des sogenannten fiktiven Kapitals, durch den kompletten oder teilweisen Wertverlust von Wertpapieren wie Aktien, Obligationen oder Schuldverschreibungen geschehen. Ausreichend große Kapitalvernichtung ist die Voraussetzung für eine wieder ausreichende Verwertung des verbleibenden Kapitals und damit für eine erneute zügige Akkumulation.

**Eine Form der staatlichen „Wirtschaftsförderung“ ist die massive Steigerung von Waffenkäufen.** Zweifellos weist die Rüstungsökonomie gegenüber anderen Abteilungen der Volkswirtschaft für die beteiligten Unternehmen attraktive Besonderheiten auf: einziger Abnehmer und Auftraggeber ist der Staat. Diese Industrie ist in besonderem Maße monopolisiert, und Korruption ist eine durchgängige Begleiterscheinung dieses Wirtschaftszweigs. Es tritt wenig an innerkapitalistischen Reibungsverlusten auf, wie sie etwa bei öffentlichen Investitionen in die Energiewende durch Widerstände der Montanindustrie zu verzeichnen sind.

Und die Aufnahmefähigkeit dieses „Marktes“ scheint schier unerschöpflich - jeder Krieg sorgt für weiteren, tendenziell grenzenlosen Bedarf, wie jetzt schon in der Ukraine auffällt. Der Rüstungssektor ist weder dem Investitions- noch dem Konsumgüter-Sektor zuzurechnen, de facto ist sein wesentlicher Zweck die Kapitalvernichtung - im Krieg bevorzugt natürlich beim geopolitischen Konkurrenten. Der Logik dieser Wirkung von Rüstung und Krieg entspricht, dass die Weltkonjunktur nach den grauenhaften Opfern und Verwüstungen des zweiten Weltkriegs zunächst eine lange Wachstumsphase erlebte. Und die Wiederauferstehung der westdeutschen Industrie wird auch der „Konjunkturförderung“ durch den Korea-Krieg zugeschrieben!

**Konsequente Heilung der globalen Krankheit „Krieg“ erfordert deshalb einen grundlegenden Wandel ökonomischer Wirkprinzipien und Strukturen.** Wenn dies nicht mit Weitblick, Mut und Tatkraft konzipiert und verwirklicht wird, können die schwerwiegenden globalen Gefahren nicht bewältigt werden.

**Die wichtige Initiative „Sicherheit neu denken“ bringt es auf den Punkt:** „... das Festhalten an militärischer Aufrüstung verhindert national wie international das notwendige entschiedene Anpacken der Klimakrise. Nur wenn wir weltweit unsere Kraft fokussieren und die CO-2 Emissionen systematisch herunterfahren, können wir ... gemeinsam die Klimakrise meistern.“ - Dazu müssen wir allerdings auch klar und deutlich die mächtigen gesellschaftlichen Kräfte adressieren, die solchen Zielen aus ebenso kurzsichtigen wie eigensüchtigen Motiven entgegenstehen.

**Gesellschaftliche Veränderungen**, die an den Ursachen von Militarismus, Rüstungswahnsinn und Krieg ansetzen, müssen eine grundlegende Umwälzung zum Ziel haben: die Demokratisierung der Ökonomie, hin zu einer Wirtschaftsweise, die nicht mehr der maximalen Kapitalakkumulation zu Diensten ist, sondern den wesentlichen Lebensbedürfnissen der großen Mehrheit der Menschen auf diesem Planeten.

Martina Jäger

## Stationierung von Mittelstreckenraketen in Deutschland konventionelle und nuklearfähige Sprengköpfe Atomkriegsgefahr

Überarbeitete Zusammenfassung aus einem Beitrag in SiG 165 - mit Verlinkungen und Anmerkungen

Nach [Gesprächen im Vorfeld des NATO-Gipfels](#), der vom 9. - 11. Juli 2024 in Washington D.C. tagte, haben Deutschland und die USA eine Vereinbarung zur Stationierung weitreichender konventionell bewaffneter US-Mittel- und Langstreckenraketen auf deutschem Staatsgebiet getroffen.

Das zugleich stattfindende 75-jähriges NATO-Jubiläum fand demnach in kriegstüchtiger Bombenstimmung statt.

„75 Jahre NATO sind 75 Jahre Sicherheit, Stabilität und Frieden“, so Kanzler Scholz und die

[Bundesregierung informiert zeitnah](#) : „Die Vereinigten Staaten von Amerika werden, beginnend 2026, als Teil der Planung zu deren künftiger dauerhafter Stationierung, zeitweilig weitreichende Waffensysteme ihrer Multi-Domain Task Force in Deutschland stationieren. Diese konventionellen Einheiten werden bei voller Entwicklung SM-6, Tomahawks und derzeit in Entwicklung befindliche hypersonische Waffen umfassen. Diese werden über deutlich größere Reichweite als die derzeitigen landgestützten Systeme in Europa verfügen. Die Beübung dieser fortgeschrittenen Fähigkeiten verdeutlichen die Verpflichtung der Vereinigten Staaten von Amerika zur NATO sowie ihren Beitrag zur integrierten europäischen Abschreckung.“

**Eine ausreichende und informative Information und Diskussion zur Sache fand in der Öffentlichkeit nicht statt.**

Wolfgang Richter, Oberst a. D., ehemaliger leitender Militärberater in den deutschen VN- und OSZE-Vertretungen, jetzt arbeitend als Associate Fellow beim Genfer Zentrum für Sicherheitspolitik (GCSP), schreibt in einem Bericht (Friedrich-Ebert-Stiftung) über die [Stationierung von U.S. Mittelstreckenraketen in Deutschland, mit konzeptionellem Hintergrund und Folgen für die europäische Sicherheit/ Friedrich-Ebert-Stiftung](#) .

„Die Absichtserklärung sei eine Reaktion auf den völkerrechtswidrigen Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine und soll der Abschreckung vor einem Angriff auf die NATO dienen.

Gleichwohl hat sie das Potential,

- das strategische Gleichgewicht zwischen den USA und Russland zu verändern,
- die Chancen einer Wiederbelebung der nuklearen Rüstungskontrolle signifikant zu reduzieren und
- die politische und militärische Konfrontation zwischen der NATO und Russland weiter zu verschärfen.

Besonders lesenswert und aufschlussreich ist seine Zusammenfassung und Schlussfolgerung (S13/14). Daraus einige Passagen, die auf die transatlantische Verbundenheit (oder Abhängigkeit?) zwischen Deutschland und USA eingehen:

„Die bilaterale Erklärung findet sich auch nicht in der gemeinsamen Bündniserklärung des Washingtoner NATO-Gipfels wieder. Sie singularisiert Deutschland in Europa, da die Risiken der Stationierung - anders als im NATO-Nachrüstungsbeschluss von 1979 - nicht von europäischen Partnern geteilt werden. ...

Die Stationierung verändert somit das strategische Gleichgewicht zwischen den USA und Russland. Die Bedrohung vitaler Sicherheitsinteressen Moskaus allein als eine Reaktion auf den russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine zu rechtfertigen, greift angesichts der schwerwiegenden Folgen zu kurz. Denn eine Ausweitung des Konflikts auf ganz Europa und eine Gefährdung der strategischen nuklearen Stabilität muss verhindert werden. Anders als der Nachrüstungsbeschluss der NATO von 1979 zeigt die bilaterale Erklärung keinen Weg auf, wie die Stationierungsentscheidung durch kooperative Mitwirkung Russlands abgewendet werden kann. Sie verschärft somit vorbehaltlos die Konfrontation zwischen Russland und der NATO. Sie trägt auch dazu bei, Moskaus Motiven für die Fortsetzung des völkerrechtswidrigen Angriffskriegs gegen die Ukraine neue Nahrung zu geben. Denn seit Langem richtet sich sein Sicherheitsinteresse darauf, die NATO auf Abstand zu halten und eine Stationierung von Kurz- und Mittelstreckenwaffen in seiner geographischen Nähe zu verhindern. ...

Dass eine Entscheidung von solcher Tragweite für die Sicherheit Deutschlands als exekutiver Akt mitgeteilt wird, ohne sie im Vorfeld im Deutschen Bundestag und in der deutschen Öffentlichkeit ausführlich zu diskutieren, ist ebenfalls befremdlich.“

Dass Verhandlungen und vertrauensbildende Abrüstungsverträge zur Beendigung oder Verhütung von Konflikten notwendig sind, erkennt die politische Klasse in der USA und Deutschland nicht mehr. Sie handelt verantwortungslos und gefährlich gegenüber den in Europa lebenden Menschen.

**Geplant sind moderne Waffensysteme, die fast den gesamten europäischen Teil Russlands abdecken:**

- Tomahawk-Marschflugkörper mit einer Reichweite von über 2.000 Kilometern;
- Ballistische Raketen vom Typ SM-6 mit einer Reichweite von weniger als tausend Kilometern, die von der Flugabwehr gegen Bodenziele umgerüstet werden;
- Hyperschallraketen vom Typ Dark Eagle im fortgeschrittenen Entwicklungsstadium, mit hoher Geschwindigkeit, Präzision und Reichweite (mehr als 2000 Kilometer).

„Auch wenn die geplanten Flugkörper mit konventionellen Sprengköpfen ausgerüstet werden, was ihren Einsatz wahrscheinlicher macht, sind sie nuklearfähig, können also mit Atomwaffen bestückt werden.“, berichtet die [Naturwissenschaftler\\*innen-Initiative NatWiss in einer aktuellen Erklärung](#) und fordern u.a.:

- keine Mittelstreckenraketen auf deutschem Boden zuzulassen und sich aktiv für Verhandlungen und Vereinbarungen einzusetzen, die eine dauerhafte Friedensordnung in Europa schaffen.
- Wir fordern die Wiederaufnahme der nuklearen Rüstungskontroll- und Abrüstungsverhandlungen, besonders zwischen USA und Russland.
- In dieser kritischen Situation ist es jetzt dringlich, die Friedenskräfte zu stärken. Es ist auch eine Chance für die Friedensbewegung, breitere Kreise zu mobilisieren, um den Gefahren des Wettrüstens neue Impulse für Abrüstung entgegen setzen, wie schon in den 1980er Jahren.

Der Artikel des Friedenforums der Friedenskooperative geht gleichfalls ein auf die [Problematik der Stationierung von weitreichenden und neuen Marschflugkörpern und Raketen in Deutschland](#)

„ ... Grundsätzlich sei die Tomahawk-Marschflugkörper sowohl konventionell als auch atomar bestückbar und auch eine landgestützte Variante könne womöglich wieder aufgelegt werden. ... Bei russischen Militärs dürfte die Stationierungsankündigung Nervosität auslösen. Durch die Option für die USA, die Tomahawks auch atomar zu bestücken und damit auch Moskau als Sitz der politischen und militärischen Führung Russlands zu treffen, bekommt das Stationierungsprojekt über den potenziellen europäischen Kriegsschauplatz hinaus eine strategische Ebene für einen denkbaren atomaren Schlagabtausch zwischen den USA und Russland.

Russland reagierte bereits. [Vizeaußenminister Sergej Rjabkow warnt die USA und Deutschland vor der Stationierung von Hyperschallwaffen und Tomahawk-Marschflugkörpern in Europa](#) (Berliner Zeitung) Moskau werde „kompensatorische Maßnahmen“ ergreifen, sollte Deutschland „eskalierende Maßnahmen“ unter dem Vorwand der Situation in Kaliningrad einleiten. Auf die Frage nach einem möglichen Einsatz von Atomwaffen, sagte Rjabkow, er schließe „keine Optionen“ aus.

Auch [In der Flugschrift der DFG-VK Bayern](#) (Bombenstimmung) und anderen Veröffentlichungen des Bildungswerkes der DFG-VK Bayern wurde schon seit langem hingewiesen, dass das Abschreckungsprinzip nicht mehr allein in militärisch-strategische Erwägungen gezogen wird und letztendlich nicht mehr funktioniert: „Lange gab es ein vermeintliches „Gleichgewicht des Schreckens“, das einen Atomkrieg zwischen NATO und Russland verhindern sollte. In der Zwischenzeit wurden aber Verträge aufgekündigt und Atomwaffen



sowie Abwehrsysteme werden modernisiert. Dadurch kommt das Gleichgewicht ins Wanken und ein Atomkrieg wird wahrscheinlicher. Die atomare Abschreckung wurde bisher so gerechtfertigt: Wer angreift, hat keinen Vorteil, denn es gilt: Wer als Erster schießt, stirbt als Zweiter. Dies wurde als die „gegenseitige gesicherte Zerstörungsfähigkeit“ bezeichnet, englisch: „Mutual Assured Destruction“, kurz „MAD“

Seit Jahren spielt der Enthauptungs-, Präventiv- oder auch Erstschlag für Russland und die USA zunehmend eine Rolle und wird strategisch in Erwägung gezogen. „Mit einem Überraschungsangriff (ein „Erstschlag“ oder „Präventivschlag“) könnte der Gegner weitgehend entwaffnet und handlungsunfähig gemacht werden. Mittel des Enthauptungsschlages sind die Bomber und Marschflugkörper mit Hyperschallgeschwindigkeit und Stealth-Technik, die Abwehrsysteme zerstören bzw. überwinden können.“

**Ein Atomkrieg kann aus einem konventionellen Krieg entstehen / Ein Atomkrieg wird wahrscheinlicher abruersten.de** Deutsche Politik kann zur Verringerung der größer werdenden Konfrontation beitragen und einem wahrscheinlich werdenden Einsatz von Atomwaffen verhindern. Nur Deeskalation und Entmilitarisierung führt zum Frieden, kann Kriege und kriegerische Eskalation verhindern.

- Keine Modernisierung der Atomwaffen in Europa
- Keine F-35 Bomber für die Luftwaffe beschaffen!
- Die BRD muss die sogenannte nukleare Teilhabe beenden!
- Die US-amerikanischen Atomwaffen müssen aus Deutschland abgezogen werden, wie der deutsche Bundestag bereits 2010 beschlossen hat.
- Deutschland muss den Atomwaffenverbotsvertrag unterzeichnen.

**Atomwaffenfrei berichtet:** In der Tat ist das (NATO)Bündnis seit Jahren dabei, die nukleare Komponente zu stärken: Die Atomwaffenstaaten der NATO - USA, Vereinigtes Königreich und Frankreich - unterziehen ihre nuklearen Arsenale, Trägersysteme und nuklearen Infrastrukturen einem massiven Qualitätsschub. Belgien, Deutschland, Italien und die Niederlande - NATO-Staaten mit aktiver „nuklearer Teilhabe“ - rüsten mit neuen Trägerflugzeugen, den F-35, für die nukleare Zukunft auf und bauen ihre Fliegerhorste für die Stationierung dieser Atomwaffenbomber sowie der neuen US-Atombomben des Typs B61-12 um. Letzteres gilt auch für den britischen Fliegerhorst Lakenheath. Außerdem beteiligen sich immer mehr NATO-Länder mit nicht-nuklearen Unterstützungsleistungen am jährlichen Atomkriegsmanöver „Steadfast Noon“. .. Kürzlich warnte UN-Generalsekretär António Guterres: „Die Menschheit steht auf Messers Schneide; das Risiko eines Atomwaffeneinsatzes hat Höhen erreicht, die wir seit dem Kalten Krieg nicht gesehen haben.“

**Friedensorganisationen und Bündnisse haben bereits ablehnend reagiert:**

- [Nein zu US-Mittelstreckenraketen in Deutschland! | Netzwerk Friedenskooperative](#)
- <https://dfg-vk.de/stationierung-von-mittelstreckenraketen-erhoht-eskalationsgefahr>
- <https://www.ipnw.de/presse/artikel/de/ipnw-kritisiert-plaene-zur-stationie.html>
- [www.imi-online.de/2024/07/12/gefahr-einer-weiteren-eskalation-mit-russland](http://www.imi-online.de/2024/07/12/gefahr-einer-weiteren-eskalation-mit-russland)

**Medienberichte:**

Anmerkung: Etablierte Medien und Politiker verwenden die Begriffe Langstrecken- (Interkontinentalraketen) und Mittelstreckenwaffen (-raketen).

- <https://www.shz.de/deutschland-welt/politik/artikel/langstreckenraketen-in-deutschland-dark-eagle-tomahawk-und-sm-6-47412287>
- [Pistorius über Abschreckung: "Wie im Kalten Krieg" - ZDFheute](#)
- [USA wollen wieder Langstreckenwaffen in Deutschland stationieren - DER SPIEGEL](#)
- [Abschreckung gegen Russland - USA wollen ab 2026 wieder Langstreckenwaffen in Deutschland stationieren \(deutschlandfunk.de\)](#)
- <https://www.spiegel.de/politik/deutschland/ukraine-krieg-annelena-baerbock-verteidigt-us-langstreckenwaffen-in-deutschland-a-c00c9ce7-c8a2-47b6-8ddb-3c9e3b87880d>
- [Stationierung von Langstreckenraketen: Annalena Baerbock begrüßt Stationierung von US-Waffen in Deutschland | ZEIT ONLINE](#)
- <https://www.hartpunkt.de/tomahawk-sm-6-und-neue-hyperschallwaffe-dark-eagle-kommen-nach-deutschland/>

Ingeborg Schellenberg

## Bayern Vorreiter der Militarisierung der Universitäten und Schulen

Der Link führt zum Artikel aus SiG Nr 165

[sig-156-bayern-militarisierung.pdf \(sand-im-getriebe.org\)](#)

GEW Bayern, DFG-VK Bayern und weitere Friedensorganisationen sind aktiv und arbeiten zusammen.

GuK-Veranstaltung in Zusammenarbeit mit attac Wü und der DFG-VK Wü

**Ulrike Eifler und Reinhard Frankl:**

**Zur Rolle der Gewerkschaften in der Friedensbewegung**

**- Den Frieden gewinnen, nicht den Krieg (Buchvorstellung)**

**- Löhne hoch - Waffen runter**

**- GEW Bayern gegen Militarisierung von Universitäten und Schulen**

der Vortrag wird videodokumentiert und wird Ende September veröffentlicht

Viel Engagement und Tatkraft haben Friedensbewegte in Gewerkschaften gezeigt, um gegen Krieg und Aufrüstung zu mobilisieren. 2023/24 ist viel Konkretes und Zukunftsweisendes passiert.

Attac Würzburg und DFG-VK Würzburg haben Ulrike Eifler (BAG Betrieb & Gewerkschaft und politische Sekretärin in der IG Metall Geschäftsstelle Würzburg) und Reinhard Frankl (Aschaffenburg, Gewerkschaftsmitglied Erziehung und Wissenschaft - GEW) eingeladen, um mehr über Hintergründe und Vorstellungen der stärker werdenden Friedensinitiativen in Gewerkschaften zu erfahren.

In Hanau (Juni 2023) und Stuttgart (Juni 2024) fanden wichtige gewerkschaftlich organisierte Friedenskonferenzen statt. Diese Konferenzen fanden reges Interesse bei vielen Gewerkschafts-Kollegen und in der Friedensbewegung.

23./24.06.2023 in Hanau - friedenspolitischen Gewerkschaftskonferenz

**„Den Frieden gewinnen, nicht den Krieg!“**

Auszüge aus Einladung:

Aus der Geschichte wissen wir, Kriege drängen Gewerkschaften in Widerspruchskonstellationen. Die deutschen Gewerkschaften stehen wieder einmal vor der Herausforderung, im Spannungsverhältnis von betrieblicher und institutioneller Interessenvertretung einerseits und sozialer Bewegung andererseits, ihre unverzichtbare Rolle als Friedensorganisation auszufüllen. Im Rahmen einer gemeinsamen Konferenz der IG Metall Hanau-Fulda und der Rosa-Luxemburg-Stiftung wollen wir über aktuelle friedenspolitische Herausforderungen sprechen. Wir wollen dabei auch einen Beitrag zur innergewerkschaftlichen Diskussion leisten und mit ihm Einfluss auf die sich verändernden friedenspolitischen Positionen der Gewerkschaften nehmen.

[www.igmetall-hanau-fulda.de/aktuelles/meldung/dokumentation-friedenskonferenz](http://www.igmetall-hanau-fulda.de/aktuelles/meldung/dokumentation-friedenskonferenz)

Die nachfolgenden Links zu YouTube bringen euch zu den jeweiligen Ausschnitten des Livestreams:

- [Auftakt und Begrüßung mit Ulrike Eifler, Robert Weißenbrunner, Heinz Bierbaum](#)
- [Vortrag Andreas Zumach bei der friedenspolitischen Gewerkschaftskonferenz in Hanau](#)
- [Vortrag Ingar Solty bei der friedenspolitischen Gewerkschaftskonferenz in Hanau](#)
- [Diskussion der Teilnehmenden mit Andreas Zumach und Ingar Solty](#)
- [Gewerkschaftliches Podium mit Ulrike Eifler, Wolfgang Däubler, Michael Müller und Thomas Händel](#)
- [Begrüßung 2. Tag und Rede Janine Wissler](#)
- [Internationales Podium: Einleitung und Rede Valentina Orazzini](#)
- [Internationales Podium: Rede Özlem Alev Demirel](#)
- [Internationales Podium: Rede Jeremy Corbyn](#)
- [Internationales Podium: Diskussion mit Teilnehmenden und Demirel, Orazzini und Corbyn](#)

### Den Frieden gewinnen, nicht den Krieg

Zur Rolle der Gewerkschaften in der Friedensbewegung  
Vortrag & Gespräch mit Ulrike Eifler, Herausgeberin des Buches



**18.09.2024, 19:30Uhr**

**Buchladen Neuer Weg**

Würzburg, Sanderstr 23-25



### Gewerkschaften gegen Krieg & Aufrüstung

Friedensfähigkeit statt Kriegstüchtigkeit!  
GEW-Bayern: Widerspruch gegen Gesetzesentwurf  
zur Militarisierung des Bildungsbereichs  
Information und Gespräch mit Reinhard Frankl



Fast ein Jahr nach der Konferenz erschien das Buch zur Konferenz in Hanau

**„Den Frieden gewinnen, nicht den Krieg. Zur Rolle der Gewerkschaften in der Friedensbewegung“**

beim Verlag „Westfälisches Dampfboot“ - Ulrike Eifler ist Herausgeberin der Dokumentation der zwölf überarbeiteten Verschriftlichungen von Konferenzbeiträgen .

<https://perspectac.de/veranstaltung/ein-neuer-meilenstein-in-gewerkschafts-und-friedensbewegung>

**14./15. Juni 2024, Stuttgart:**

**„Waffen runter, Löhne rauf!“ - Friedenspolitische Gewerkschaftskonferenz**

Gewerkschafter diskutierten die Gefahr der Kriegseskalation durch einen ökonomisch in die Ecke gedrängten Westen. Sie suchen Schulterchluss mit der Friedensbewegung. Während Vorstände mit Rüstungslobby kooperieren, fordern sie Basisinitiativen.

<https://www.labournet.de/interventionen/kriege/antimili-all/14-15-juni-2024-waffen-runter-loehne-rauf-friedenspolitische-gewerkschaftskonferenz-im-gewerkschaftshaus-stuttgart/>

**GEW-Bayern ist aktiv**

**gegen Militarisierung von Schulen und Universitäten.**

Kürzlich hat der federführende Landtagsausschuss dem Gesetz zur Förderung der Bundeswehr zugestimmt. Der Gesetzesvorschlag ist Teil der "Zeitenwende" und soll Hochschulen und Schulen "kriegstüchtig" machen. Die Bildungsgewerkschaft GEW und die Deutsche Friedensgesellschaft - Vereinigte Kriegsdienstgegner\*innen (DFG-VK Bayern) fordern eine öffentliche Debatte zur Militarisierung von Schulen und Universitäten und ein Ende des Gesetzesvorhabens.

[www.gew-bayern.de/presse/detailseite/widerspruch-gegen-gesetzesentwurf-zur-militarisierung-des-bildungsbereichs](http://www.gew-bayern.de/presse/detailseite/widerspruch-gegen-gesetzesentwurf-zur-militarisierung-des-bildungsbereichs)

Ausführlicher und umfassender Artikel von Ingeborg Schellmann (erschieden in SIG) 156 über Hintergründe und die Zusammenarbeit der GEW Bayern, der DFG-VK Bayern und anderen Friedensgruppen

<https://www.sand-im-getriebe.org/media/pages/artikel/sig-156/73830cc4d2-1722762191/sig-156-vorabdruck-bayern-militarisierung.pdf>

## AG GuK ruft auf zur bundesweiten Demo in Berlin am 3. Oktober

Aus dem Aufruf:

Verhandlungen zur sofortigen Beendigung des Krieges in der Ukraine und in Gaza!

Keine Waffenlieferungen an die Ukraine, Israel und in alle Welt!

Atomwaffen raus aus Deutschland und Atomwaffenverbotsvertrag unterzeichnen!

Keine Modernisierung der Atomwaffen und keine atomare Teilhabe!

Keine Stationierung von US-Mittelstreckenwaffen in Deutschland!

**Friedenszerziehung an Schulen und Aufrechterhaltung der Zivilklausel an Universitäten und Hochschulen!**

Keine Bundeswehr an Schulen und keine „neue“ Wehrpflicht!

**Recht auf Kriegsdienstverweigerung überall!**

Keine Zwangsrekrutierung!

Abrüstung! Geld in Bildung, Gesundheitswesen, Klimaschutz und Infrastruktur investieren, Sozialstaat ausbauen!

Keine Milliarden in die Rüstung!

**Demokratischen Meinungs-austausch fördern, sachliche Berichterstattung ermöglichen!**

Keine Einschränkung der Meinungs- und Versammlungsfreiheit!



**3. Oktober 2024**  
Berlin

Nein zu Krieg und Hochrüstung!  
**Ja zu Frieden** und internationaler Solidarität!

Es ist kurz vor 12 –  
Widerstand und Protest jetzt –  
Es liegt an uns!

**Kommt massenhaft!**

**Sternmarsch**  
mit drei Auftaktkundgebungen  
**ab 12.30**

**Schlusskundgebung**  
Großer Stern (Siegessäule)  
**14.30**

weitere Informationen:  
[www.nie-wieder-krieg.org](http://www.nie-wieder-krieg.org)

Frieden und Sicherheit gehen nur gemeinsam. Es ist kurz vor 12! Widerstand und Protest - jetzt! Geht auf die Straße, bildet Initiativen, wehrt euch, seid kreativ, wehret den Anfängen, die schon längst keine mehr sind! Den Frieden gewinnen - jetzt oder nie! Deshalb:

Verhandlungen zur sofortigen Beendigung des Krieges in der Ukraine und in Gaza!

- Keine Waffenlieferungen an die Ukraine, Israel und in alle Welt!

Atomwaffen raus aus Deutschland und Atomwaffenverbotsvertrag unterzeichnen!

- Keine Modernisierung der Atomwaffen und keine atomare Teilhabe! Keine Stationierung von US-Mittelstreckenwaffen in Deutschland!

Friedenszerziehung an Schulen und Aufrechterhaltung der Zivilklausel an Universitäten und Hochschulen!

- Keine Bundeswehr an Schulen und keine „neue“ Wehrpflicht!

Recht auf Kriegsdienstverweigerung überall!  
- Keine Zwangsrekrutierung!

Abrüstung! Geld in Bildung, Gesundheitswesen, Klimaschutz und Infrastruktur investieren, Sozialstaat ausbauen!  
- Keine Milliarden in die Rüstung!

Demokratischen Meinungs austausch fördern, sachliche Berichterstattung ermöglichen!  
- Keine Einschränkung der Meinungs- und Versammlungsfreiheit!

Frieden und Sicherheit gehen nur gemeinsam. Es ist kurz vor 12! Widerstand und Protest - jetzt! Geht auf die Straße, bildet Initiativen, wehrt euch, seid kreativ, wehret den Anfängen, die schon längst keine mehr sind!

## **Die AG Globalisierung und Krieg unterstützt die Petition: *Für einen gerechten Frieden in Gaza. Waffenexporte stoppen & Hilfsblockade beenden!* - Online Petition (openpetition.de)**

<https://www.openpetition.de/petition/online/fuer-einen-gerechten-frieden-in-gaza-waffenexporte-stoppen-hilfsblockade-beenden>

Wir fordern von der Bundesregierung:

1. sich entschieden für einen sofortigen Waffenstillstand einzusetzen und den Schutz der Zivilbevölkerung einzufordern;
2. alle Genehmigungen für den Export von Rüstungsgütern zu verweigern, wenn die Gefahr besteht, dass sie völkerrechtswidrig eingesetzt werden;
3. von Israel mit deutlich mehr Druck die sofortige Beendigung der völkerrechtswidrigen Blockade und den ungehinderten Zugang für humanitäre Hilfe einzufordern;
4. wirksame Maßnahmen zu ergreifen, damit der völkerrechtswidrige Siedlungsbau durch Israel sowie Gewaltakte von Siedler:innen beendet werden;
5. im Sinne des [Gutachtens des Internationalen Gerichtshofs](#) vom 19. Juli 2024 die schnellstmögliche Beendigung der völkerrechtswidrigen Besatzung einzufordern;
6. die internationale Gerichtsbarkeit und die Untersuchungskommission der Vereinten Nationen aktiv zu unterstützen;
7. sich für die Freilassung aller Geiseln und unrechtmäßig Festgehaltenen einzusetzen;
8. das Recht auf Meinungs- und Versammlungsfreiheit zu schützen und die Kriminalisierung von grundgesetzlich geschützten Meinungsäußerungen im Zusammenhang mit Palästina/Israel zu beenden.

### **Begründung**

Im [aktuellen Krieg](#) sind über 40.000 Menschen in Palästina und über 1.200 Menschen in Israel getötet worden. Hinzu kommen mindestens 92.000 Verwundete und unzählige Vermisste sowie eine tiefe Traumatisierung. Diese Gewalteskalation muss gestoppt werden. Insbesondere die Zivilbevölkerung in Gaza leidet unter der katastrophalen Situation, verursacht durch die wiederholte [Vertreibung](#) von fast zwei Millionen Menschen in ihrem eigenen Land, die Blockade von humanitärer Hilfe, die Sperrung der Strom- und Wasserversorgung sowie ein massives Ausmaß an Zerstörung. Die UN spricht von einer [Hungersnot](#) und einem medizinischen Notstand. Die Situation in Gaza ist keine Folge einer Naturkatastrophe, sondern von willkürlicher Gewalt und gezielter Blockade. Die politische Reaktion der Bundesregierung auf diese Situation muss sich grundlegend ändern.

Die Petition wurde initiiert von:

[CARE Deutschland e.V.](#)

[IPPNW Deutschland](#)

[medico international](#)

[NRC Flüchtlingshilfe Deutschland](#)

[Oxfam Deutschland e.V.](#)

[pax christi, Deutsche Sektion e.V.](#)

[Weltfriedensdienst e.V.](#)

**Mitglieder der bundesweiten AG Globalisierung und Krieg kommen aus der Attac-Bewegung und weisen hin auf friedenspolitischen Aktivitäten von Attac-Ortsgruppen**

Ortsgruppen	Termine	Verlinkungen	Themen und Aktionen
Attac Kassel	Regelmäßige Mahnwachen gegen Kriege	<a href="#">Flyer -Ukraine</a> / <a href="#">Flyer -Nahost</a> Video einer öffentlichen Lesung: <a href="#">Klagen von Südafrika und Nicaragua wegen Verstoß gegen Völkermord-Konvention in Gaza   Weltnetz.tv</a>	Veranstaltungen, Video und Flyer - Krieg in Nahost und der Ukraine, Kassler Friedensbündnis mit regelmäßig stattfindenden Mahnwachen gegen Kriege
Attac Hagen	09.09.24 im soziokult. Zentrum am Wilhelmsplatz in Hagen		Diskussionsabend zum Thema Kriegstüchtigkeit am Montag, den 09.09.2024, 19:00 Uhr
Attac Hamburg		<a href="#">attac Hamburg</a> <a href="#">Buchtipps - attac Hamburg</a> <a href="#">Newsletter - attac Hamburg</a> <a href="#">Sand im Getriebe - attac Hamburg</a>	Informative Seite von Attac Hamburg. Buchtipps, Newsletter, Newsletter Sand-im-Getriebe aus der Attac-Bewegung (Sitz Hamburg)
Attac Untere Saar GuK		<a href="https://www.attac-netzwerk.de/untersaar/startseite">https://www.attac-netzwerk.de/untersaar/startseite</a>	Veranstaltungen, Teilnahme an Demos, regionale Bündnisarbeit, Atomwaffen-frei Büchel)
Attac Würzburg	Veranstaltungen 12.09. 18.09.	Westjordanland - Widerstand und Überleben und Aktivitäten der Friedensgewerkschaft <a href="https://www.attac-netzwerk.de/wuerzburg">https://www.attac-netzwerk.de/wuerzburg</a>	Veranstaltungen, Grafiken Videodokumentationen, Artikel, Bündnis- und Netzwerkarbeit
Attac Berlin		<a href="https://attacberlin.de/">https://attacberlin.de/</a> <a href="https://attacberlin.de/ags/gegendenkrieg">https://attacberlin.de/ags/gegendenkrieg</a>	Mahnwachen, Veranstaltungen, Bündnisarbeit, Banner- und Druckprojekte
Attac Halle		<a href="#">Attac Halle Sendungen 2024 zum Nachhören - Attac Deutschland - www.attac.de (attac-netzwerk.de)</a>	Radio-Sendungen, Teilnahme an Friedenskundgebungen, Bündnisarbeit
Attac Leipzig	August und September	<a href="https://www.globale-leipzig.de/?page_id=1467">https://www.globale-leipzig.de/?page_id=1467</a>	Teilnahme an Friedensveranstaltungen, Mitveranstalter, Bündnisarbeit



August 2024: Attac Untere Saar - Hiroshima & Nagasaki warnen



Das Attac-Berlin-Banner auf der DFG-VK Bayern-Friedensfahrradtour

## Aktuelle Termine September und Oktober

Datum	Veranstaltung	Veranstalter oder Website
01.09.24	1. September - Antikriegstag oder auch Weltfriedenstag Seit 1959 gehen Gewerkschaften und Friedensgruppen unter dem Motto „Nie wieder Krieg, nie wieder Faschismus!“ jährlich am 1. September, dem Jahrestag des Überfalls der deutschen Wehrmacht auf Polen 1939, für eine friedliche Welt auf die Straße.	Termine <a href="#">zum Antikriegstag am 1. September 2024</a>   <a href="#">Netzwerk Friedenskooperative</a>
03. bis 08.09.24	Kiel: Antikriegs-Camp „Kiel entwaffnen - Kriegsindustrie versenken! Widerstand gegen die neue Normalität von Aufrüstung, tausendfachen Tod, Flucht und Vertreibung ist das Gebot der Gegenwart.“	<a href="https://rheinmetallentwaffnen.noblogs.org">https://rheinmetallentwaffnen.noblogs.org</a>
18.09.24	Würzburg: Buchvorstellung „Den Frieden gewinnen, nicht den Krieg“ und Gespräch über die neue Friedensbewegung in der Gewerkschaft - mit Ulrike Eifler und Reinhard Frankl. Der Vortrag wird video-dokumentiert.	Veranstalter: BAG GuK, Attac Würzburg, DFG-VK Würzburg
27./28.09.24	Veranstaltung: - Atomwaffen abschaffen Der Trägerkreis begeht seinen 30. Geburtstag. Um Anmeldung wird gebeten.	<a href="#">„Atomwaffen abschaffen - bei uns anfangen (Info Atomwaffenfrei)“</a>
03.10.24	AG GuK ruft auf zur bundesweiten Demo in Berlin: „Nein zu Krieg und Hochrüstung! Ja zu Frieden und internationaler Solidarität“	<a href="https://nie-wieder-krieg.org">https://nie-wieder-krieg.org</a>
12.10.24	<a href="#">Demonstration gegen das NATO-Atomkriegsmanöver in Nörvenich (Info ICAN) zu beteiligen.</a>	

## SiG Nr 156 - Sand im Getriebe - „Zuspitzungen“ - Newsletter Link: [SiG 156 Sand im Getriebe \(sand-im-getriebe.org\)](http://sand-im-getriebe.org)

### Vorwort SiG

#### Militärische Zuspitzungen

Weitere Kriegsgewitterwolken ziehen am Horizont herauf. Die EU, vor 12 Jahren noch mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnet, ballt im Ukraine-Konflikt die militärische Faust. Deutschland bietet den Vereinigten Staaten von Amerika die dauer-hafte Stationierung weitreichender Waffensysteme ab 2026. Über allem schwebt das Menetekel der nuklearen Vernichtung durch einen womöglich unkontrollierten Erstschlag. Die Initiative „Frieden schaffen“ erklärt: „Grenzenlose Aufrüstung ist nicht die „ultima ratio“, sie ist die „ultima irratio“. Julian Assange ist frei! „Dass die USA schließlich nachgaben, war allerdings einem politischen Kalkül geschuldet.“ (Ingeborg Schellmann) Matthias Jochheim analysiert die Politische Ökonomie von Aufrüstung und Krieg. Ingeborg Schellmann beschreibt den Widerstand gegen Bayerns Vorhaben, Universitäten und Schulen zu militarisieren.

Deutschsprachiger Newsletter über internationale globalisierungskritische Bewegungen (15.08.2024)

## Sand im Getriebe 156

Der Newsletter „Sand im Getriebe“ ist ein Medium für Menschen, die eine Welt jenseits der neoliberalen Globalisierung verwirklichen wollen. Er gibt Texten von Autorinnen und Autoren unterschiedlicher Gesinnung einen gemeinsamen Ort.

Website: [www.sand-im-getriebe.org](http://www.sand-im-getriebe.org) E-Mail: [sand-im-getriebe@posteo.de](mailto:sand-im-getriebe@posteo.de)



## Zuspitzungen

**Soziale Zuspitzungen** - „Wie immer unter solchen Bedingungen tragen hauptsächlich die subalternen Klassen und Schichten die sozialen und ökonomischen Lasten.“(Peter Wahl). Olivier Bonfond und Laurent Pirnay warnen, dass „Haushaltskürzungen in Europa mit voller Kraft zurück.“ sind „Es gibt einen alternativen Wirtschaftsweg, der Steuergerechtigkeit und Umverteilung mit sich bringt und Arbeitsplätze und Wohlstand schafft“, erklären rund 1000 Absolvent\*innen von französischen Elitenhochschulen in Frankreich und sprechen sich für die Umsetzung des Programms der Neuen Front Populaire aus.

**Politische Zuspitzungen** - Eric Toussaint analysiert die EU-Wahlen: „Europa wird schwarz und braun“. Peter Wahl hebt hervor: „Es ist ein strategischer Fehler emanzipatorischer Politik, sich nur auf die Auseinandersetzung mit der extremen Rechten zu kaprizieren und die extreme Mitte darüber zu vernachlässigen.“ Étienne Balibar mahnt: „Es ist absolut sinnlos, Angst und Hass, die verinnerlicht und kollektiviert sind, zurückdrängen zu wollen, wenn man weder die Mittel noch die Absicht hat, die soziale Unsicherheit und ihre strukturellen, globalen und dauerhaften Ursachen zu bekämpfen. [...] Um daran etwas zu ändern, müsste der Abbau von sozialen Rechten und öffentlichen Dienstleistungen gestoppt und umgekehrt werden, so dass ihre Universalität gerechtfertigt wird.“ (dazu auch Li Andersson, deren Linksbündnis in Finnland die Rechtsextremen bei den EU-Wahlen zurückgedrängen konnte). Die Mobilisierungen in Frankreich und die unerwartete Bildung der Neuen Front Populaire haben den Rassemblement National gebremst, über die passende Strategie wird gerungen, aber auch über die Umsetzung des Wahlprogramms der NFP. „Nach dem Sieg sind wir der doppelten Herausforderung ausgesetzt, zusammenzuhalten und Macron das Programm (der NFP) aufzuzwingen.“ (Louise Héritier, LFI)

**Zuspitzungen um Grundrechte**, die in einer schreienden Stille gelehrt werden: 2024 leiden immer noch so viele Menschen an Hunger, Wassermangel und Fehlen medizinischer Versorgung, obendrein an den vielen Umweltkatastrophen - dazu erst im nächsten Heft. Zuspitzungen um Grundrechte, die vom israelischen Staat mit der kolonialistischen Logik weggefegt werden. Der Internationale Gerichtshof stellte vor einem Monat fest: „Die fortdauernde Präsenz des Staates Israel in den besetzten palästinensischen Gebieten ist rechtswidrig. Der Staat Israel ist verpflichtet, seine unrechtmäßige Präsenz in den besetzten palästinensischen Gebieten so schnell wie möglich zu beenden. Alle Staaten sind verpflichtet, [...] keine Hilfe oder Unterstützung zur Aufrechterhaltung der durch die fortdauernde Präsenz des Staates Israel in den besetzten palästinensischen Gebieten geschaffenen Situation zu leisten.“

## Inhaltsverzeichnis

<b>EU-Wahlen</b> .....3	<u>Ingeborg Schellmann</u> : <b>Julian Assange ist frei</b> .....25
<u>Eric Toussaint</u> : Europa wird schwarz und braun. 3	
<u>Peter Wahl</u> : Zum Ausgang der EU-Wahlen .....8	
Finnland:Linksbündnis besiegt die	
Rechtsextremen – Interview mit <u>Li Andersson</u> . 10	
<b>Widerstand gegen Haushaltskürzungen</b> 12	<b>Palästina</b> .....27
<u>Olivier Bonfond, Laurent Pirnay</u> : Haushalts-	<u>Internationaler Gerichtshof</u> : Rechtliche
kürzungen in Europa mit voller Kraft zurück....13	Konsequenzen aus Israels Politik in den besetzten
	palästinensischen Gebieten.....27
	<u>Abkommen von 14 palästinensischen</u>
	<u>Organisationen</u> .....28
<b>Frankreich</b> .....15	<b>Frieden muss sein</b> .....29
Front populaire!.....15	<u>Matthias Jochheim</u> : Politische Ökonomie von
Wahlprogramm der Neuen Front Populaire.....17	Aufrüstung und Krieg – Welche Gegenrezepte?29
NFP: Finanzierung der Maßnahmen.....18	<u>Ingeborg Schellmann</u> : Bayern Vorreiter der
Ein kurzer Wahlkampf.....19	Militarisierung der Universitäten und Schulen..32
Nach dem ersten Wahlgang am 30. Juni 2024...20	<u>Martina Jäger</u> : Stationierung von Mittel- und
Die NFP bildet die stärkste Parlamentsgruppe. 21	Langstreckenraketen in Deutschland .....34
Regierungsbildung: Macron lehnt den Vorschlag	<u>Initiative „Frieden schaffen“</u> :
der Linken ab.....21	Nein zu Deutschland als Kriegspartei .....35
Strategien?.....23	<u>Initiative „Nie wieder Krieg“</u> : Unterstützung für
Étienne Balibar: Volksfront? .....23	bundesweite Friedensdemo am 3.10.2024.....36

## „Zeitung gegen den Krieg“ und „Friedensforum“ - informative Lektüren aus der Friedensbewegung - August 2024

### [Link zum PDF - Aktuelle Zeitung gegen den krieg](#)

- S1 Nein, nein und noch einmal nein zu neuen, auch atomar nutzbaren Waffensystemen! / R. Braun
- S2 Ukraine-Krieg: Eskalation statt Entspannung / P. Eler & G. Verheugen
- S3 Aufruf zur bundesweiten Demo am 3. Oktober in Berlin - Nein zu Krieg und Hochrüstung! Ja zu Frieden und internationaler Solidarität!
- S4 Zeitenwende: Die Gewerkschaften sind gefordert, weil die Beschäftigten betroffen sind / U. Eifler
- S4 Frieden durch Abrüstung! / G. Alps
- S4 Was ist gewerkschaftliche Friedensarbeit angesichts der aktuellen Zuspitzungen? / A. Zeytin
- S5 „Nicht Ruhe, nicht Unterwürfigkeit gegenüber der Obrigkeit ist die erste Bürgerpflicht, sondern ständige demokratische Wachsamkeit.“ Otto Brenner, 1968 / I. Harms & S. Stenzel
- S5 Militär oder Sozialstaat / R. Krämer
- S6 Der Ukrainekrieg hätte bei Einhaltung des Völkerrechts verhindert werden können / M. v. d. Schulenburg
- S8 Interview mit Moshe Zuckermann Wohin steuert Israel?
- S8 Kamala Harris: Keine Hoffnungsträgerin / J. Gerson
- S9 Friedensdemonstration in München am 12. Oktober / A. Kottmann
- S10 Mittellängensysteme: Neue Rüstungsspirale mit Deutschland als „Hochwertziel“ / J. Wagner
- S10 75 Jahre NATO - Proteste in Washington D.C. / A. Wright
- S11 PM: Nein zu Deutschland als Kriegspartei - Nein zu neuen Mittelstreckenraketen!
- S12 Kriegstüchtig? Friedensfähig! - Abschlusserklärung des bundesweiten Zivilklausel-Kongresses

### [Friedensforum 5 / 2024 Konflikte und strukturelle Gewalt im Inneren | Netzwerk Friedenskooperative](#)

<ul style="list-style-type: none"> <li>•<a href="#">Neue Marschflugkörper und Raketen in Deutschland</a></li> </ul> <p>Initiativen</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>•<a href="#">Atomkriegsmanöver „Steadfast Noon“ stoppen!</a></li> <li>•<a href="#">Ökumenische FriedensDekade 2024</a></li> <li>•<a href="#">Generalmobilmachung à la Pistorius</a></li> <li>•<a href="#">„Retten statt Rüsten - 100 Mrd. für Klimaschutz und Seenotrettung“</a></li> <li>•<a href="#">Protestaktionen gegen den „Tag der Bundeswehr“ am 8. Juni 2024 in der Aachener Lützow-Kaserne</a></li> <li>•<a href="#">Flaggentag der Mayors for Peace</a></li> <li>•<a href="#">Atomwaffengegnerinnen im Gefängnis</a></li> </ul> <p>Krisen und Kriege</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>•<a href="#">Honduras: Die Herrschaft der Unternehmen</a></li> <li>•<a href="#">Ukraine-Konferenz in der Schweiz</a></li> </ul> <p>Friedensbewegung international</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>•<a href="#">Das nukleare Erbe der sowjetischen Atomwaffentests in Kasachstan</a></li> <li>•<a href="#">Der dritte Weltmarsch für Frieden und Gewaltlosigkeit</a></li> <li>•<a href="#">Frauen in Nepal erzählen über Gewalt, Verlust und Versöhnung</a></li> </ul>	<p>Hintergrund</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>•<a href="#">Mythos „Targeted Killing“</a></li> <li>•<a href="#">Nach der Europawahl</a></li> <li>•<a href="#">Buchbesprechung: „Der lange Weg zum Krieg“</a></li> <li>•<a href="#">Friedensgutachten 2024</a></li> </ul> <p>Schwerpunkt</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>•<a href="#">Über die Gefährdung des sozialen Friedens</a></li> <li>•<a href="#">Analyse der Wahlerfolge der AfD</a></li> <li>•<a href="#">Der Aufstieg der Rechten und die Regression der Mitte</a></li> <li>•<a href="#">Der TikTok Erfolg der AfD in der jungen Bevölkerung</a></li> <li>•<a href="#">Die Grenzen des Grundgesetzes</a></li> <li>•<a href="#">Industrie gegen Bürger*inneninteressen</a></li> <li>•<a href="#">Anti-AKW-Bewegung im Wendland</a></li> <li>•<a href="#">Kommunale Konfliktberatung</a></li> <li>•<a href="#">Was hilft gegen Polarisierung und politische Gewalt?</a></li> <li>•<a href="#">Vernetzung der Konfliktbearbeitung in Deutschland</a></li> </ul>
---	--

## Über uns

- Unsere GuK-Mitwirkenden kommen aus der Attac-Bewegung und anderen Friedensorganisationen.
- Die bundesweite Arbeitsgruppe „Globalisierung und Krieg“ versteht sich als Netzwerk für Friedensaktivisten, die sich kritisch mit dem Zusammenhang von neoliberaler Globalisierung und Krieg befassen, Aufklärung über Kriegsursachen betreiben, sowie Aktionen initiieren zur Abwehr von Krieg und Gewalt. Krieg ist kein Mittel zur Lösung von Konflikten. Wir setzen uns für eine friedliche und solidarische Gestaltung der Globalisierung ein.
- [Impressum - Bundesweite AG Globalisierung und Krieg \(perspectac.de\)](#)
- Ansprechpartnerin für den Newsletter: [martinajaeger@posteo.de](mailto:martinajaeger@posteo.de)
- BAG-GuK-Kontakt Email: [Kontakt über Homepage - BAG GuK](#)
- [Tätigkeitsberichte bis 2008-2024 - BAG Attac Deutschland - www.attac.de \(archive.org\)](#)